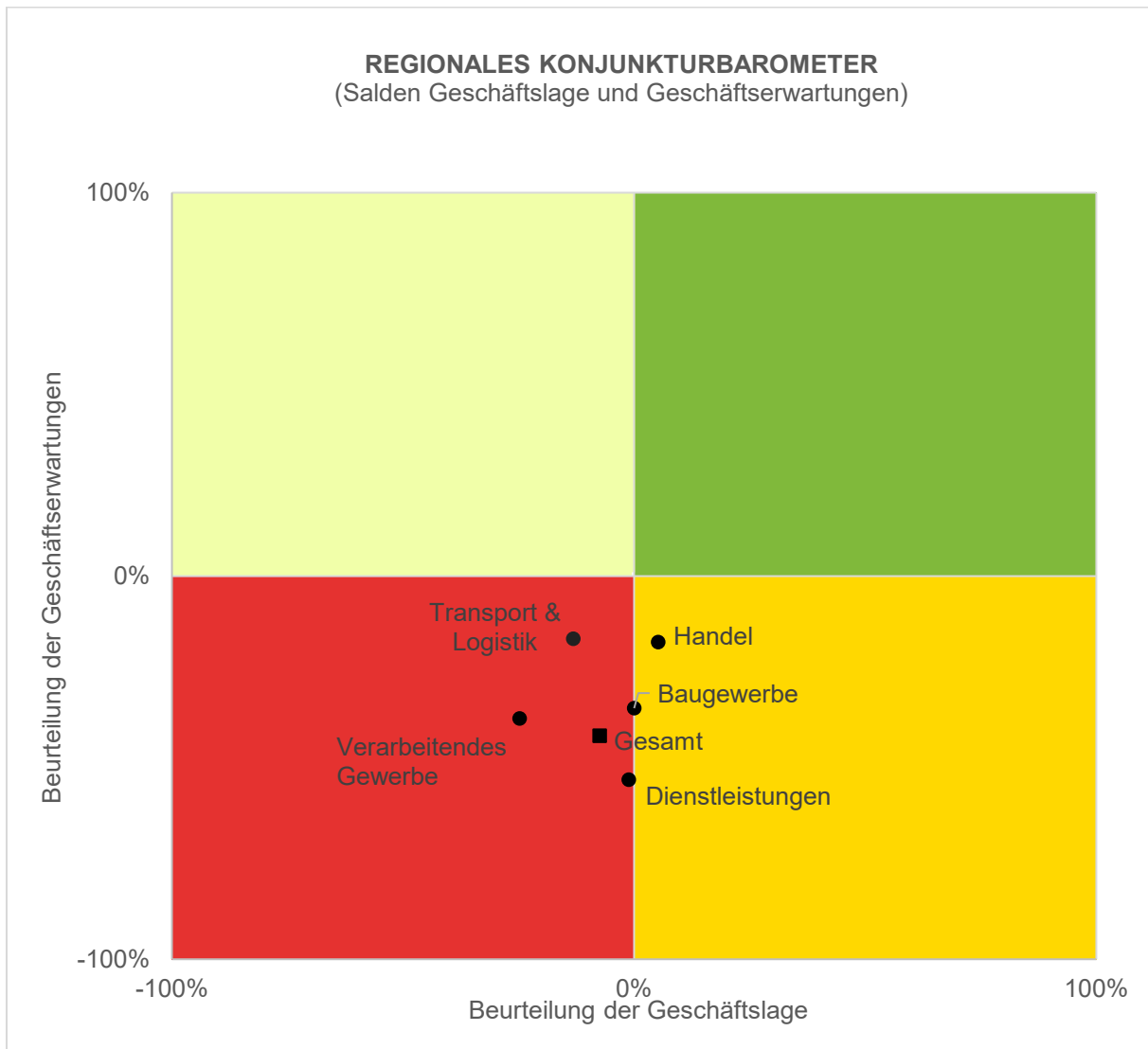




REGIONALES KONJUNKTURBAROMETER

Kompakt 3/24

Das wirtschaftliche Umfeld im Bergischen Städtedreieck hat sich im dritten Quartal 2024 verschlechtert. Besonders die Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate haben sich branchenübergreifend eingetrübt. Eine Mehrheit der Unternehmen geht von einer stagnierenden oder sogar rückläufigen wirtschaftlichen Entwicklung aus. Die Einschätzung der aktuellen Lage variiert jedoch stark zwischen den einzelnen Branchen.



Die Geschäftslage zeigt in den verschiedenen Wirtschaftssektoren eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Am negativsten schätzen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes die aktuelle wirtschaftliche Lage ein. Neben den Automobilzulieferern berichten auch die Elektroindustrie und zunehmend Maschinenbauunternehmen von einer rückläufigen Nachfrage nach ihren Produkten – insbesondere Hersteller von Investitionsgütern sind betroffen.

Deutlich positiver wird die wirtschaftliche Lage hingegen im Handel eingeschätzt. Der Sektor profitiert von den gestiegenen Konsumausgaben privater Haushalte im dritten Quartal. Dies bestätigt sich durch die Daten des Statistischen Bundesamts, die zeigen, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den letzten Monaten

stärker als die Inflation gestiegen sind. Gleichzeitig haben die Zinssenkungen der EZB zu sinkenden Finanzierungskosten für Kredite beigetragen.

Trotzdem verzeichneten Bau- und Handwerksunternehmen im Bergischen Städtedreieck im dritten Quartal eine rückläufige Nachfrage nach Bauleistungen. Die positive Einschätzung der Lage ist hier vermutlich auf saisonale Effekte und stabil gebliebene Baustoffpreise zurückzuführen.

Die von uns befragten Logistikanbieter berichteten im dritten Quartal 2024 von einer rückläufigen Nachfrage. Besonders die angespannte Situation der ortsansässigen Industrieunternehmen führt zu einem verringerten Bedarf an Transport- und Logistikdienstleistungen.

Weniger einheitlich fallen die Lagebeurteilungen im Dienstleistungssektor aus. Ingenieurbüros, Personaldienstleister und Gebäudeverwaltungen bewerten ihre Lage deutlich schlechter als im vorangegangenen Quartal. Anhaltend positiv wird die wirtschaftliche Lage hingegen von IT-Dienstleistern sowie rechts- und wirtschaftsberatenden Dienstleistern bewertet.

Die Geschäftserwartungen fallen über alle Sektoren hinweg pessimistisch aus. Sowohl die Entwicklung der Binnennachfrage als auch des Aushandels ist mit großer Unsicherheit behaftet.

Aktuell wird in Deutschland eine Vielzahl von Investitionen nicht getätigt, da die Profitabilität dieser Vorhaben ungewiss ist. Diese Unsicherheit resultiert teilweise aus politischen Rahmenbedingungen, die ein stabiles Geschäftsumfeld beeinträchtigen, sowie aus geopolitischen Konflikten, die zusätzliche Risiken für Unternehmen mit sich bringen. In diesem Kontext zögern viele inländische Unternehmen, größere Investitionen zu tätigen, da sie die potenziellen Renditen in einem solch instabilen Marktumfeld als unzureichend einschätzen. Zusätzlich könnte die kürzlich gestiegene Inflationsrate dazu führen, dass die Zentralbank ihre Zinsen nicht weiter senken kann. Dies würde zur Folge haben, dass sich die Kredite von Banken an Unternehmen nicht weiter vergünstigen ließen. Damit könnte auch auf der Finanzierungsseite ein Problem entstehen, das die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zusätzlich einschränkt. In Kombination mit der bestehenden Unsicherheit über die Profitabilität von Investitionen würde dies die Zurückhaltung der Unternehmen, größere finanzielle Engagements einzugehen, weiter verstärken.

Die Kaufkraft der privaten Haushalte hat sich in den vergangenen Monaten zwar deutlich verbessert, jedoch sind auch hier die Unsicherheiten wieder gestiegen. Neben der gestiegenen Inflationsrate dürften die Häufung von Unternehmensinsolvenzen, die derzeit auch vermehrt mittelständische und große Unternehmen betreffen, sowie der damit verbundene Stellenabbau zu einer verstärkten Verunsicherung der privaten Haushalte führen. Infolgedessen könnten die Konsumausgaben wieder sinken.

Der Gewinnrückgang bei Volkswagen, einem der größten Unternehmen in Deutschland, sowie die damit verbundenen Sparmaßnahmen wirken sich nicht nur auf die Beschäftigten des Unternehmens aus, sondern auch auf die Zulieferbetriebe und Dienstleister im Bergischen Städtedreieck sowie deren Mitarbeiter. Diese Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen und mögliche Stellenabbauten könnte das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität der gesamten Branche erschüttern und letztlich die ohnehin angespannten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschärfen.

Die Entwicklung der ausländischen Nachfrage hängt zu einem nicht unwesentlichen Teil von der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine sowie dem Nahostkonflikt ab. Neben einer Verschärfung der Energiepreise könnte sich eine Ausweitung des Nahostkonflikts vor allem auf die See- und Luftfrachtkosten mit asiatischen Handelspartnern auswirken.

Die Entwicklung des Außenhandels wird nicht nur von geopolitischen Konflikten beeinflusst, sondern auch von den unterschiedlichen Handelsstrategien der Präsidentschaftskandidaten in den USA. Kamala Harris, die demokratische Kandidatin, verfolgt eine handelspolitische Agenda, die auf den Ausbau grüner Technologien und Klimaschutz abzielt, unterstützt Subventionen für erneuerbare Energien und plädiert für höhere Steuern auf wohlhabende Haushalte sowie eine stärkere Regulierung von Unternehmen, um eine gerechtere Verteilung des Wohlstands zu fördern. Im Gegensatz dazu setzt Donald Trump auf eine protektionistische Handelspolitik, plant hohe Zölle auf Importe und befürwortet einen "Universalzoll" von 10 bis 20 Prozent auf alle importierten Waren, insbesondere aus Ländern wie China. Während Harris' Ansatz darauf abzielt, die Mittelschicht zu stärken und staatliche Investitionen zu fördern, könnte Trumps Politik Handelskonflikte hervorrufen und zu höheren Preisen für Verbraucher führen. Diese unterschiedlichen Positionen werden entscheidend für die zukünftige Entwicklung des Außenhandels und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den USA sein.

Auch die Beziehungen der EU zu China stehen aktuell auf dem Prüfstand. Die jüngst verhängten Strafzölle der EU auf aus China importierte E-Autos wurden von chinesischer Seite als inakzeptabel bezeichnet, und es wurde angedeutet, dass im Gegenzug ebenfalls Strafzölle für bestimmte Waren aus der EU eingeführt werden könnten. Diese Entwicklungen könnten zu einer Eskalation der Handelskonflikte führen und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und China erheblich belasten. Die Unsicherheiten in diesem Bereich könnten wiederum Auswirkungen auf die globalen Lieferketten und die internationale Handelslandschaft haben.

In diesem schwierigen Marktumfeld wird zunehmend kritisch hinterfragt, inwieweit Deutschland als Wirtschaftsstandort gut aufgestellt ist. In unserer Umfrage haben wir daher die Unternehmen im Bergischen Städtedreieck befragt, was sie an Deutschland schätzen und welche Faktoren sie als negativ bewerten. Besonders eindringlich wird auf die zu hohen Energiekosten hingewiesen, die alle befragten Unternehmen als negativen Faktor angeben. Rund zwei Drittel der Unternehmen kritisieren zudem die hohen Steuern und Abgaben sowie das überdurchschnittliche Lohnniveau.

Positiv bewertet wurden hingegen der Zugang zum Binnenmarkt (58 %) sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen (55 %). Während die zuvor genannten Bewertungen branchenübergreifend gelten, zeigen sich hinsichtlich der Verfügbarkeit von Fachkräften große Unterschiede. Während einige Branchen dies als Standortvorteil hervorheben, betrachten andere den Fachkräftemangel als Nachteil. Hieran wird deutlich, dass der Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und kein einheitlicher Engpass besteht.

Trotz der geäußerten Kritik am Wirtschaftsstandort Deutschland planen derzeit lediglich 3 % der von uns befragten Unternehmen im Bergischen Städtedreieck eine Verlagerung von Produktionsstätten oder Geschäftsbereichen ins Ausland. Alle geplanten Verlagerungen sollen innerhalb der EU erfolgen.

An der Umfrage zum Regionalen Konjunkturbarometer für das zweite Quartal 2024 haben 388 Unternehmen mit insgesamt rund 23.000 Beschäftigten teilgenommen.